§ 4

(1) Die Auswirkungen der Preisanordnungen Nr. 3002 und Nr. 3003 (feste Brennstoffe, Elektroenergie, Gas und Wärme) dürfen für die Endverbraucher — sowohl für die Bevölkerung als auch für alle anderen Abnehmer, ausgenommen die in den Absätzen 3 und 4 genannten — nicht zu Preiserhöhungen führen.

(2) Bei Abgabe von Wärme und Elektroenergie sind die Bestimmungen der Preisanordnung Nr. 3004 (Dampf, Heißwasser, Warmwasser und Elektroenergie) in Verbindung mit der Preisanordnung Nr. 3000 vom 1. Februar 1964 — Inkraftsetzung von Preisanordnungen der Industriepreisreform — (GBl. II S. 135) anzuwenden.

(3) Soweit ein Betrieb soziale Leistungen (z. B. Werkküchenessen, Betriebs- und Kinderferienheime) für fremde Betriebe und Einrichtungen — gleich welcher Eigentumsform — mit ausführt, können die anteiligen Mehraufwendungen diesen Betrieben und Einrichtungen weiterberechnet werden. Eine Erhöhung der Teilnehmerpreise ist nicht zulässig.

(4) Soweit auf der Grundlage von Vereinbarungen, Miet- oder Pachtverhältnissen die Warmwasserversorgung, Zentralbeheizung usw. für andere Verbraucher (Betriebe, Einrichtungen u. a. — ausgenommen die Bevölkerung gemäß Abs. 1 —) erfolgt, ist eine Weiterberechnung der durch die Änderung der Preise erhöhten Kosten zulässig.

§ 5

Eine Aufnahme und Umbewertung der Bestände an unvollendeten und fertigen Erzeugnissen bzw. Leistungen gemäß der Anordnung Nr. 7 vom 1. Februar 1964 über die Umbewertung der Bestände an Erzeugnissen, für die neue Preise in Kraft treten — Aufnahme, Umbewertung sowie Regulierung der Umbewertungsdifferenzen in der volkseigenen Wirtschaft per 1. April 1964 — (GBl. II S. 143) in den im § 1 genannten Betrieben entfällt.

§ 6

Die örtlichen Räte nehmen Einfluß darauf, daß die Betriebsleiter sichern,

- daß die geplanten Dienstleistungen und Reparaturen sowie die geplanten Leistungen der Stadt- und Gemeindegewirtschaft für die Bevölkerung und alle anderen Abnehmer in vollem Umfang durchgeführt werden und
- daß trotz der entstandenen Mehraufwendungen das Prinzip der Kostendeckung bei hauswirtschaftlichen Dienstleistungen und Reparaturen bzw. Kostensenkung je Leistungseinheit bei der Stadt- und Gemeindegewirtschaft anzustreben und durchzusetzen ist.

§ 7

Diese Anordnung tritt am 1. April 1964 in Kraft.

Berlin, den 28. Februar 1964

**Der Vorsitzende
des Volkswirtschaftsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

I. V.: Wittik
Minister und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden

Arbeitsschutzanordnung 198.**— Galvanotechnik —**

Vom 10. Februar 1964

Auf Grund des § 6 Abs. 1 der Arbeitsschutzverordnung vom 22. September 1962 in der Fassung der Zweiten Arbeitsschutzverordnung vom 5. Dezember 1963 (GBl. II 1964 S. 15) wird im Einvernehmen mit dem Minister für Gesundheitswesen und dem Zentralvorstand der Industrie-Gewerkschaft Metall folgendes angeordnet:

§ 1

Begriffsbestimmungen

(1) Betriebe der Galvanotechnik entsprechend dieser Arbeitsschutzanordnung — nachfolgend Anordnung genannt — sind Betriebe und Teile von Betrieben, in denen eine Oberflächenveredlung von Halbzeug oder Werkstücken durch metallische Überzüge mittels elektrolytischer Verfahren durchgeführt wird. Dazu zählen auch solche Betriebe oder Teile von Betrieben, in denen andere, technologisch ähnliche elektrolytische oder chemische Verfahren durchgeführt werden, z. B. elektrolytische Entfettung, elektrolytische Oxydation, elektrolytisches Polieren, elektrolytische Beseitigung von Metallüberzügen, Phosphatieren, Brünieren, elektrolytisches und chemisches Färben.

(2) Arbeitsräume der Galvanotechnik entsprechend dieser Anordnung sind Räume, in denen Verfahren gemäß Abs. 1 durchgeführt werden.

(3) Behälter entsprechend dieser Anordnung sind Galvanisierapparate und andere Gefäße, die zur Aufnahme der Elektrolyten oder sonstigen Lösungen von Chemikalien zwecks Durchführung der elektrolytischen oder chemischen Prozesse dienen.

§ 2

Geltungsbereich

(1) Diese Anordnung gilt für die Betriebe der Galvanotechnik.

(2) Sie gilt nicht für die Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in Laboratorien.

(3) Werden Verfahren gemäß § 1 Abs. 1 nur gelegentlich in geringem Umfang durchgeführt, so gelten von dieser Anordnung nur der § 4 Abs. 1 und die §§ 6, 8, 9 und 10.

(4) Im Zweifelsfall wird durch die für Sonderregelungen nach § 7 der Arbeitsschutzverordnung in der Fassung der Zweiten Arbeitsschutzverordnung zuständigen Stellen entschieden, ob die Voraussetzungen des Abs. 3 vorliegen.

(5) In den Fällen der Absätze 2 und 3 sind von dem Betriebsleiter in sinngemäßer Anwendung dieser Anordnung Arbeitsschutzinstruktionen zu erlassen.

§ 3

Arbeitsräume der Galvanotechnik

(1) Arbeitsräume der Galvanotechnik müssen von anderen Arbeitsräumen getrennt sein. Arbeiten, die nicht unmittelbar mit den Verfahren gemäß § 1 Abs. 1 zusammenhängen, dürfen darin nicht durchgeführt werden.